

Ist der Marktliberalismus am Ende?

Alexander Horn über den Mythos vom Neoliberalismus und die Entpolitisierung des Kapitalismus.



Die Finanzkrise hat einen bunten Blumenstrauß an Interpretationen hervorgebracht, was genau mit dem Kollaps der Finanzmärkte gescheitert sei und wie sich die Gesellschaft verändern werde. „Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise“, erklärte Finanzminister Peer Steinbrück ähnlich orakelhaft wie viele Kommentatoren nach ihm.¹ Der hessische Ministerpräsident Roland Koch schlug in einem Beitrag für die *FAZ Alarm*, denn er sah in der dominanten Reaktion auf die Finanzkrise den Markt unberechtigtweise in der Kritik. Er selbst deutet die Krise weder als Marktversagen noch als ein Scheitern der „Idee des Marktes“. Stattdessen sieht er das Problem, dass die bisherigen Regeln für die Finanzindustrie der globalen Welt nicht ausreichend sind. Die Anhänger des Marktes sieht er dringend aufgefordert, diesen zu verteidigen und „den Feinden der Freiheit Paroli zu bieten“.² Anderer Auffassung ist der amerikanische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. Er meint, dass „ein Vierteljahrhundert nach Reagonomics und Thatcherismus die neoliberale Idee gescheitert“ sei.³ Und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy ist der Ansicht, dass mit der Finanzkrise „die Ideologie der Diktatur der Märkte und die Machtlosigkeit der öffentlichen Hand“ am Ende sei.⁴

Die weit verbreitete Kritik am Kapitalismus und vor allem am sogenannten „Neoliberalismus“ zeigt sehr deutlich, dass davon ausgegangen wird, der Letztgenannte habe in den letzten Jahrzehnten die gesellschaftliche Entwicklung geprägt und sei zum Leitmotiv der Wirtschaftspolitik geworden. Die mit Thatcher, Reagan und der Globalisierung in Verbindung gebrachte Liberalisierung der Märkte und die Zurückdrängung des Staates ist jedoch weitgehend ein Mythos und reflektiert weder in den USA oder in Großbritannien noch in Deutschland den tatsächlichen Lauf der Dinge.⁵ Zwar ist es richtig, dass es seit den 80er-Jahren viel Gerede und Initiativen mit dem Ziel der Schaffung liberalisierter Märkte gegeben hat. Der europäische Binnenmarkt

ist unter diesem Einfluss reformiert worden. Andererseits hat aber auch dessen Regulierung stark zugenommen. Auch der Welthandel ist, sehr zur Sorge der Bundesregierung, nicht auf dem Weg zu einer weiteren Liberalisierung. Stattdessen zeichnet sich vor dem Scheitern internationaler Handelsabkommen ein starker Hang zu bilateralen Verträgen ab, die im Grunde einen gegenläufigen Trend erkennen lassen. Rückblickend wird deutlich, dass die Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten eben nicht zu einem deregulierten Paradies für rücksichtslose „Heuschrecken“ geworden ist.

Die Liberalisierung hatte außerhalb der Banken und Finanzmärkte keinen durchgreifenden Einfluss. Selbst im Hinblick auf die Finanzmärkte ist auffällig, dass nicht etwa die besondere Dynamik des Kapitalismus der Treiber von Veränderungen war, sondern die Richtlinien durch die politisch Verantwortlichen vielmehr so verändert wurden, dass sich die Finanzmärkte nur in eine bestimmte Richtung entwickeln konnten.⁶ Dies trifft insbesondere auf die seit Ende des 20. Jahrhunderts andauernde Kreditexpansion zu, die nicht etwa das Ergebnis eines freien Marktes, sondern massiver politischer Intervention darstellt (siehe dazu den Artikel von Malte Tobias Kähler in diesem Heft). Es ist heutzutage einfach, deregulierte Finanzmärkte für die Freisetzung der gegenwärtigen zerstörerischen globalen Kräfte verantwortlich zu machen. Diese deregulierten Finanzmärkte sind aber ebenfalls eine Folge des Handelns von Regierungen, die nicht nur glücklich darüber waren, den Interessen des Banken- und Finanzsektors nachzukommen, sondern auch ihre eigenen Ziele verfolgten. Die Kreditexpansion sowie die boomende Finanzbranche ermöglichten es der britischen und der amerikanischen Regierung, die steigenden Steuereinnahmen zur Finanzierung der Staatshaushalte zu nutzen. Insofern ist die gegenwärtige Ära des billigen Geldes, in der von geborgtem Reichtum gelebt wird, auch ein Produkt des kurzfristig orientierten politischen Opportunismus.